

Geschäftsbericht 2011



Leistung aus Leidenschaft



Geschäftsbericht 2011



INHALT

2	Bericht des Aufsichtsrats
3	Aufsichtsrat, Vorstand, Geschäftsführung
4	Lagebericht des Vorstands
4	Entwicklung an den Kapitalmärkten
6	Entwicklung des Versicherungsbestands
7	Kapitalanlagen
8	Deckungsrückstellung
8	Übrige Aufwand- und Ertragposten
9	Gesamtüberschuss
10	Gewinnverwendungsvorschlag
11	Risikobericht
12	Einschätzung der künftigen Entwicklung
14	Jahresabschluss
14	Bilanz
16	Gewinn- und Verlustrechnung
17	Anhang
28	Bestätigungsvermerk

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2011 die ihm durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wahrgenommen und sich sowohl in drei Sitzungen als auch in Einzelbesprechungen durch den Vorstand und die Geschäftsführung über die Lage der Sterbekasse unterrichten lassen. Ausführlich erörtert wurden insbesondere die Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu den Unisex-Tarifen.

Gegenstand der regelmäßigen und kontinuierlichen Berichterstattung waren neben der Entwicklung des Versicherungsbestandes, der Bilanz und der Ertragslage, die Situation am Kapitalmarkt sowie die sich daraus für die Kasse ergebenden Auswirkungen. Darüber hinaus haben wir wesentliche Einzelvorgänge besprochen.

Das versicherungsmathematische Gutachten des Sachverständigen zum 31.12.2011 haben wir eingesehen, uns wesentliche Teile erläutern lassen und in die Beratungen über den Jahresabschluss einbezogen. Den Auswirkungen des sinkenden Zinsniveaus haben wir im Vorschlag zur Verteilung des Gesamtüberschusses Rechnung getragen. Weitere Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Sterbekasse haben wir erneut die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, beauftragt. Diese freiwillige Prüfung nach § 341k HGB ersetzt die Pflichtprüfung nach der Sachverständigenprüfverordnung (SachvPrüfV). Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats in Frankfurt am Main am 14.05.2012 wurden der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Jahr 2011, die nach Handelsgesetzbuch (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt wurden, vorgelegt und erläutert. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands und des Verantwortlichen Aktuars für die Verteilung des Gesamtüberschusses an. Nach Abschluss der Beratungen stimmte der Aufsichtsrat dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zu.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss 2011 festzustellen sowie den Lagebericht zur Kenntnis zu nehmen.

Frankfurt am Main, im Mai 2012



Jürgen Dobritzsch
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Jürgen Dobritzsch

Vorsitzender
Chief Financial Officer
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA
Köln

Harald Berg

stellv. Vorsitzender
Leiter Corporate Executive Matters
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Michael Brod

Director Labour Relations
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Dr. Michael Fleischmann

Director Group Tax
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Martina Klee

Betriebsratsvorsitzende
Deutsche Bank AG
Eschborn am Taunus

Michael Schwarz

stellv. Betriebsratsvorsitzender
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG
Stuttgart

Rolf Vreden

Betriebsratsvorsitzender
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Vorstand

Uwe Bell

Fondsmanager
Deutsche Asset Management
Investmentgesellschaft mbH i.R.
Hachenburg
bis 20.06.2011

Gabriele Buchs

Head of Global Benefits & Reward
Germany
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Gerhard-Christoph Ihle

Associate General Counsel
Group Legal Services
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main
ab 01.01.2012

Dr. Henning Schröder

Senior Counsel
Group Legal Services
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main
bis 31.12.2011

Georg Schuh

Chief Investment Officer
Deutsche Asset Management
Investmentgesellschaft mbH
Frankfurt am Main
ab 20.06.2011

Geschäftsführer

Elmar Tiegelkamp

Frankfurt am Main

Lagebericht des Vorstands

Geschäftstätigkeit

Die Sterbekasse ist ein „kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ im Sinne des § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und unterliegt der Rechtsaufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Derzeit werden Sterbegeldversicherungen gegen monatliche Beiträge bis zur Höchstversicherungssumme von 7.800 € angenommen. Die Mitgliedschaft können nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutsche Bank Gruppe bis zum 55. Lebensjahr erwerben; Ehegatten/-innen, eingetragene Lebenspartner/-innen und Lebensgefährten/-innen können mitversichert werden.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Das Jahr 2011 war geprägt von einer eher schwachen Wachstums-Dynamik. Europa litt im vergangenen Jahr weiter unter der Verschuldungs- und Bankenkrise. Unter normalen Umständen kann eine konjunkturelle Schwäche durch expansive Fiskalpolitik aber verhindert werden. Aufgrund der Verschuldungskrise insbesondere in Europa aber auch in den USA bleibt den Regierungen für diese Handlungsoption wenig Spielraum. Bisher galt für Staatsanleihen das Privileg, die Referenz für risikolose Anleihen zu sein. Speziell Staaten mit guter Bonität erlangten dadurch quasi unlimitierten und preisgünstigen Zugang zu Kapital. Dieser Vorteil konnte zur antizyklischen Fiskalpolitik genutzt werden, um die Wirtschaftszyklen auszugleichen. Die Verschuldungskrise stellt nun einen Meilenstein in der Geschichte der entwickelten Länder dar. Seitdem scheint die Option der antizyklischen Politik nur noch eingeschränkt möglich zu sein. Dadurch ist für viele Nationen die preisgünstige Kapitalversorgung über die Märkte nicht mehr möglich. Im Gegenteil wird durch das allgemeine Spardiktat in Europa zunehmend fiskalpolitisch gebremst. Ein Ausgleich kann nur gefunden werden, indem die Zentralbanken ein entsprechendes Mandat haben, wie beispielsweise in den USA, die nötige Finanzierung der Staatsfinanzen durchzuführen und die Anleihen zu erwerben. Auch in der Eurozone übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) zunehmend diese Rolle. Über einen 3-Jahres-Tender hat die EZB zuletzt die Märkte mit Liquidität überschwemmt. Auf Dauer können Zentralbanken diese Finanzierung aber nicht folgenlos betreiben.

Für den Finanzsektor und vor allem die Banken ist die Situation weiter ernst. So sind für griechische Staatsanleihen im Rahmen einer Umtauschaktion Wertabschreibungen von über 70 % vorgenommen worden. Weitere mögliche Abschreibungen von Staatsanleihen aus anderen Verschuldungsstaaten sind zukünftig nicht ausgeschlossen. Jedoch konnte die EZB mit der Bereitstellung des 3-Jahres Tenders im Dezember für deutliche Entspannung im Bankensektor sorgen. Schließlich war zuletzt das Misstrauen unter den Banken nochmals deutlich angestiegen. Übernachtausleihungen zu niedrigen Zinssätzen bei der EZB statt bei anderen Banken hatten Rekordwerte erreicht. Auch eine weitere Stärkung der Eigenkapitalquote der Banken und Stresstests der EBA (Europäische Bankenaufsicht) setzen die Banken unverändert unter Druck.

2011 hat sich die Divergenz der Wachstumsraten in der Eurozone weiter verstärkt. Während die Peripherieländer am Ende des Jahres in die Rezession rutschten, hat sich das Wachstum insbesondere in Deutschland auf etwa 3 % gehalten. Ebenso hat sich die Divergenz der Arbeitslosigkeitsraten bedenklich erhöht. Während in Deutschland die geringste Erwerbslosenrate seit 20 Jahren besteht, meldete z. B. Spanien eine Rate von ca. 23 % Arbeitslosigkeit am Ende des Jahres 2011. Dementsprechend unterschiedlich sieht auch die Situation für viele Unternehmen in der Eurozone aus. In den nördlichen Kernländern sind die Finanzierungskosten extrem gefallen (als Folge der historisch niedrigen Renditen), in den Südländern hingegen schlägt die schlechte Bonität der Staaten auch auf die Unternehmen durch, welche sich am Kapitalmarkt nur zu deutlich höheren Spreads verschulden können.

Entwicklung des Versicherungsbestands

Unsere Kasse verzeichnete im Berichtsjahr 515 Neuverträge (Vj. 596) und 54 Erhöhungen (Vj. 62).

Den Zugängen standen insgesamt 1.367 Abgänge (Vj. 1.204) gegenüber. Durch Kündigungen und Ausschlüsse wurden 739 Verträge beendet, 110 Verträge mehr als durch Ablauf und Sterbefälle.

Die durchschnittliche nominelle Versicherungssumme je Vertrag gegenüber dem Vorjahr blieb unverändert. Die insgesamt verwaltete Versicherungssumme nahm um 1,3 % auf 108.894.541 € ab. Am Ende des Geschäftsjahres betreuten wir 40.635 Verträge (Vj. 41.487).

Das laufende Beitragsaufkommen – das sechsthöchste der über 80-jährigen Vereinsgeschichte – lag mit 1.093.632,58 € (Vj. 1.108.608,82 €) im zehnten Jahr in Folge über der Eine-Million-Grenze. Der durchschnittliche Jahresbeitrag pro Versicherungsvertrag liegt bei 26,91 € (Vj. 26,72 €).

Die nachstehende Tabelle (Muster 5 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen [RechVersV]) gibt Aufschluss über die Bewegung des Bestands an Sterbegeldversicherungen und den Bestand an Unfallzusatzversicherungen:

Bewegung des Bestands an Sterbegeldversicherungen im Geschäftsjahr 2011

	Anzahl der Versicherungsverträge	Versicherungssumme in €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	41.487	110.377.937
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Abgeschlossene Versicherungen	515	893.400
2. Sonstiger Zugang		
a. Erhöhungen	(54)	288.148
b. Bonus		1.596.557
3. Gesamter Zugang	515	2.778.105
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	319	1.358.050
2. Ablauf	309	1.323.053
3. Storno	0	0
4. Sonstiger Abgang (Kündigung und Ausschluss)	739	1.580.399
5. Gesamter Abgang	1.367	4.261.502
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	40.635	108.894.541
davon		
1. Beitragsfreie Versicherungen (ohne Bonus)	10.276	16.874.118
2. in Rückdeckung gegeben	0	0

Bestand an Zusatzversicherungen (ohne Bonus)

I. Am Anfang des Geschäftsjahres	31.000	49.910.182
II. Am Ende des Geschäftsjahres	30.359	48.541.097
davon in Rückdeckung gegeben	0	0

Kapitalanlagen

Die Sterbekasse hat im Berichtsjahr eine vorsichtig optimistische Anlagestrategie verfolgt, wobei Inhaberschuldverschreibungen weiterhin im Mittelpunkt standen. Ihr Anteil von knapp 70 % an den gesamten Kapitalanlagen blieb daher relativ konstant. Bei den Namensschuldverschreibungen sind wir noch in kurz bis mittel laufenden Titeln engagiert. Ihr Anteil ist durch fällig gewordene Papiere um 4,5 %-Punkte auf 17,5 % gesunken. Den Aktienbestand haben wir vor dem Hintergrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung leicht erhöht. Zusätzlich haben wir Anteile an einem Wertpapierpublikumsfonds erworben. Zusammen beträgt ihr Anteil an den Kapitalanlagen knapp zehn Prozent. Der Anteil der kurzfristigen Einlagen bei Kreditinstituten ist mit rund 2,3 Mio. € leicht gestiegen.

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen erhöhte sich um 0,76 % (=515.805,81 €) und gliederte sich wie folgt:

	Ende 2011 €		Ende 2010 €	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.914,72	0,02 %	16.494,00	0,02 %
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.601.854,83	9,62%	4.044.389,81	5,94 %
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	47.717.947,61	69,56%	46.975.548,08	69,00%
Sonstige Ausleihungen Namensschuldverschreibungen	12.000.000,00	17,49%	15.000.000,00	22,03 %
Einlagen bei Kreditinstituten	2.266.728,29	3,31%	2.050.207,75	3,01%
	68.602.445,45	100,00 %	68.086.639,64	100,00 %

Per 31.12.2011 betrug der Buchwert der Aktien 6,68 % (Vj. 5,94 %) vom Gesamtbestand der Kapitalanlagen. Die Sterbekasse hat von dem Wahlrecht des § 341b HGB, Wertpapiere wie Anlagevermögen nach dem gemilderten anstelle des strengen Niederstwertprinzips zu bewerten, für alle Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht. Dadurch wurden kurswertbedingte Abschreibungen in Höhe von 290.308,41 € vermieden. Die Bewertungsreserven werden in der Tabelle auf Seite 20 erläutert.

Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich aufgrund gesteigener laufender Erträge aus Aktien und Inhaberschuldverschreibungen und niedrigerer Grundstücksaufwendungen im Berichtsjahr um 169.200,45 € auf 3.358.084,20 €. Durch den Abgang von Kapitalanlagen entstanden Gewinne von insgesamt 350.810,03 € (Vj. 703.390,84 €), wobei der Hauptteil auf Aktien entfällt.

Außerplanmäßige Abschreibungen mussten in Höhe von 679.318,22 € (Vj. 362.355,38 €) vorgenommen werden. Sie betreffen ausschließlich Aktien. Entgegen dem Vorjahr konnten Verluste aus dem Abgang vermieden werden (Vj. 150.434,78 €). Jedoch ergaben sich auch keine Zuschreibungen (Vj. 140.125,00 €).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen betrug 2.959.216,12 € (Vj. 3.414.414,82 €).

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen sank auf 4,33 % (Vj. 5,04%). Damit liegt die Nettoverzinsung weiterhin noch über dem Rechnungszinssatz von 3,5 %.

Aufgrund der Verzinsung unseres nach Abgang fälliger Papiere in 2012 verbleibenden Wertpapierbestandes, der erwarteten Mieten und Dividenden, unserer vorhandenen Bewertungsreserven sowie der Verzinsung aus der Wiederanlage schon fällig gewordener Papiere erwarten wir aus heutiger Sicht, dass das Zinserfordernis für den geschäftsplanmäßigen Rechnungszins und die angesammelten Gewinnanteile erwirtschaftet werden kann.

Die zur Anlage verfügbaren Beträge wurden nach den Vorschriften des § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung) angelegt.

Deckungsrückstellung

Die Abnahme des Versicherungsbestandes führte zu einer Auflösung der versicherungsmathematischen Deckungsrückstellung von 762.008,50 €. Für den Bonus waren 1.065.152,80 € zuzuführen, so dass sich die Deckungsrückstellung per Saldo um insgesamt 303.144,30 € auf 56.961.103,70 € erhöhte.

Die im Rahmen des versicherungsmathematischen Gutachtens durchgeführte Sterblichkeitsuntersuchung ergab, dass der tatsächliche Sterblichkeitsverlauf im Berichtsjahr wieder günstiger war, als es die Rechnungsgrundlagen erwarten ließen. Die in den Beiträgen eingerechneten Risikozuschläge erhöhten, soweit nicht verbraucht, den Gesamtüberschuss.

Übrige Aufwand- und Ertragposten

Die Beiträge sowie die Beiträge aus der RfB erhöhten sich infolge der prozentualen Bonusverdoppelung um 516.003,76 € auf insgesamt 2.158.785,38 €.

Für Versicherungsfälle waren 3.065.653,40 € aufzuwenden und damit 275.199,11 € mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg war wesentlich bedingt durch eine höhere Anzahl von Rückkäufen bzw. Ausschlüssen.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben sich geringfügig um 143,99 € auf 48.148,93 € verringert.

Das sonstige versicherungstechnische Ergebnis, Saldo aus den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen und Aufwendungen, verbesserte sich leicht um 1.440,74 € auf -170.619,86 €, verursacht hauptsächlich durch vermehrte Mahngebühren und einen leicht gesunkenen Zinsaufwand für die Beitragsdividende.

Das nicht versicherungstechnische Ergebnis, der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen, blieb mit einer leichten Verbesserung um 747,87 € auf -148.384,71 € relativ konstant. Allerdings saldieren sich hier Erstattungsinsen und höhere Auflösungen sonstiger Rückstellungen mit gestiegenen Aufwendungen für den Verantwortlichen Aktuar.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag waren in Höhe von 600 € zu zahlen und betreffen ausschließlich ausländische Quellensteuer.

Gesamtüberschuss

Die Kasse erzielte einen Gesamtüberschuss in Höhe von 1.381.450,30 € (Vj. 1.868.399,05 €). Er wird wie nachstehend verteilt.

	Ende 2011 €	Ende 2010 €
Aus dem Gesamtüberschuss von	1.381.450,30	1.868.399,05
wurden der Verlustrücklage (§37 VAG) aufgrund §21 der Satzung	500.000,00	750.000,00
und der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (Überschussbeteiligung) zugewiesen.	881.450,30	1.118.399,05

Mit der Zuführung zur Verlustrücklage tragen wir den Unwägbarkeiten der Entwicklung an den Kapitalmärkten abschließend Rechnung. Die Verlustrücklage beträgt danach 10,2 % der Kapitalanlagen. Dadurch hat die Kasse ein zentrales Ziel ihrer Risikopolitik, die Bildung einer Verlustrücklage in Höhe von 10 % der Kapitalanlagen, erreicht. Eine weitere Dotierung ist derzeit nicht vorgesehen.

Mit 12,3 % der Deckungsrückstellung hat die Verlustrücklage das satzungsmäßige Erfordernis von 5 % um mehr als das Doppelte erfüllt.

Die Solvabilitätsspanne von T€ 2.442 ist mit 286,7 % durch die Verlustrücklage (anrechenbare Eigenmittel) bedeckt.

Die vom Gesamtüberschuss abhängigen Rückstellungen und Rücklagen entwickelten sich wie folgt:

	€	Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung €	Verlustrücklage gem. § 37 VAG €
Stand 31.12.2010		3.387.212,35	6.500.000,00
Entnahme für Gewinnzuschläge	286.378,96		
Entnahme für Beiträge, die zur Leistungserhöhung in die Deckungsrückstellung (2% Bonus) eingehen	1.065.152,80		
Entnahme Bewertungsreserven	116.427,28		
		1.467.959,04	6.500.000,00
Zuweisung aus dem Gesamtüberschuss des Geschäftsjahres		881.450,30	500.000,00
Stand 31.12.2011		2.800.703,61	7.000.000,00

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung und die künftig zu erwartenden Überschüsse ermöglichen es, vorbehaltlich der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), der Mitgliederversammlung vorzuschlagen:

1. Auf alle im Kalenderjahr 2013 fällig werdenden satzungsmäßigen Sterbegeldleistungen wird ein Gewinnzuschlag von 15 % gewährt, wenn bei Eintritt des Versicherungsfalles die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden hat.
2. Auf alle Versicherungen, die bis zum 31.12.2011 in Kraft getreten sind und am 31.12.2012 noch bestehen, wird ein zusätzlicher Gewinn (Bonus) in Höhe von 2 % der für jede Versicherung vorhandenen Deckungsrückstellung des Jahresabschlusses 2011 gewährt. Die Gewinnanteile werden am Ende des Kalenderjahres 2012 gutgeschrieben und zur Erhöhung des Sterbegeldes verwendet.

Risikobericht

Risiko-Management-System

Die Sterbekasse als kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit unterliegt nach § 53 Abs. 1 VAG nicht den Vorschriften des § 91 Abs. 2 des Aktiengesetzes. Die Anforderungen des § 64a VAG und des BaFin-Rundschreibens R3/2009 wurden umgesetzt.

Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Entwicklungen an den Kapitalmärkten bleiben weiterhin von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg der Sterbekasse. Den daraus resultierenden Chancen und Risiken trägt die Zusammenstellung des Portfolios Rechnung. Dabei nutzen wir die Expertise der Deutsche Bank Gruppe. Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften werden beachtet.

Wir haben zum Bilanzstichtag 22,25 % unserer Kapitalanlagen bei sieben unterschiedlichen Kreditinstituten (Emittenten) in verschiedenen Anlageformen angelegt. Hiervon entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere 6,53 %, auf Namensschuldverschreibungen 78,62 % sowie auf Einlagen bei Kreditinstituten 14,85 %. Wir sehen hier keine akuten Ausfallrisiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen angewandten Rechnungsgrundlagen zum Sterblichkeitsverlauf und für Rückkäufe werden vom Verantwortlichen Aktuar kontinuierlich hinsichtlich ihrer Angemessenheit geprüft. Die Berechnungen enthalten angemessene Sicherheitsspannen.

In Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu den Unisex-Tarifen werden wir ab dem 21.12.2012 neue, geschlechtsunabhängige Tarife einführen – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Mitgliederversammlung und der anschließenden Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Operationale Risiken

Der EDV-Bereich der Sterbekasse wird kontinuierlich einer Risikobetrachtung unterzogen, um störungsfreie Arbeitsabläufe zu gewährleisten. Hard- und Software werden ständig optimiert, damit Datenerfassung, Datenhaltung und Datenzugang im laufenden Betrieb jederzeit gegeben sind.

Einschätzung der künftigen Entwicklung

Für die Aktienmärkte erwarten wir auch für 2012 eine hohe Volatilität. Themen wie die Staatsverschuldungskrise im Euroraum, die Bankenkrise, Inflation und Konjunktursorgen stehen weiter im Mittelpunkt. Doch trotz der weiter bestehenden Risiken haben wir die Risiko-Asset-Klasse Aktien seit Oktober 2011 sukzessive von „Untergewichten“ auf taktisch „Übergewichten“ heraufgestuft. In der niedrigen Bewertung der Märkte scheint uns ein Großteil der Risiken bereits eingepreist zu sein. Zudem haben die politischen Akteure zuletzt mehr Konsequenz und Substanz zur Bewältigung des europäischen Schuldenproblems gezeigt. Auch erscheint nach den jüngsten Makrodaten die Verfassung der Wirtschaft in der Eurozone besser zu sein als zunächst befürchtet. Wichtigster Kurstreiber ist jedoch die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihren Maßnahmen zur quantitativen Lockerung (3-Jahres Tender), die zu einer Flutung der Märkte mit Liquidität führten.

Als bevorzugte Investmentthemen sehen wir unverändert: Unternehmen mit niedriger Verschuldung und gutem strukturellem Wachstum. Zudem bevorzugen wir Unternehmen, die von der weiterhin wachsenden Nachfrage aus den Emerging Markets profitieren. Auch dividendenstarke Titel erscheinen selektiv aussichtsreich, da bereits erhebliche Dividendenkürzungen eingepreist erscheinen.

Länderrisiken aufgrund der Eurokrise müssen jedoch weiterhin berücksichtigt werden. Die Staatsverschuldung einzelner Länder in Europa sollte sich weiter negativ auf die jeweilige Makro- und Mikrosituation auswirken und damit auch maßgeblicher bei der Aktienauswahl bleiben. Entsprechend sollten die Aktienmärkte der Länder, die unter der Verschuldungskrise leiden, zunächst weiterhin gemieden werden. Unsere Aktienengagements beschränken sich auf deutsche Unternehmen sowie wenige ausgewählte Titel in Nordeuropa.

Die Leitzinsen der wichtigsten Notenbanken bleiben auf absehbare Zeit auf historisch niedrigen Niveaus (US Federal Reserve Board 0 - 0,25 %, Bank of Japan 0,10 %, EZB 1,00 %). Der Wachstums- und Inflationsausblick scheint für die Rentenmärkte weiterhin weniger ausschlaggebend zu sein. Vielmehr werden die Staatsanleihenrenditen von der Verschuldungskrise im Euroraum bestimmt. Nachdem die EZB bereits seit einiger Zeit zu Stützungskäufen vor allem von spanischen und italienischen Staatsanleihen „quasi“ gezwungen war, um die Risikoaufschläge zu drücken, hat die EZB mit dem 3-Jahres Tender in Rekordvolumen ein weiteres Instrument gegen die Schulden- und Bankenkrise in Stellung gebracht. Dies zeigte bereits Wirkung. Die Banken können sich günstig und langfristig, unbegrenzt refinanzieren und fast risikolos Rendite-Spreads im 3-Jahres Bereich einsammeln. Ein zweiter 3-Jahres Tender erfolgte im Februar und sollte die positive Entwicklung an den Anleihemärkten verlängern. Auch die politischen Prozesse gewinnen an Dynamik und Wirksamkeit. Innerhalb nur weniger Monate wurde ein Stabilitätspakt ausgearbeitet, dem auf dem EU-Gipfel im Januar alle Staaten der Eurozone zustimmten. Die Politik arbeitet weiter stringent auf eine Fiskal-/Stabilitätsunion hin. Flankiert wird dieser Prozess durch die extrem akkomodierenden Maßnahmen der EZB. In den USA stellt die Fed eine Nullzinspolitik bis mindestens 2014 in Aussicht. Zudem steht unverändert ein weiteres Programm zur quantitativen Lockerung zur Disposition, sofern sich die US-Wirtschaft verschlechtern sollte. Auch die Bank of England wird wohl nach ihrem letzten Programm im Oktober ein weiteres Programm zur quantitativen Lockerung auflegen. Und auch die Bank of Japan bleibt bei ihrer expansiven Geldpolitik.

Staatsanleihen aus der Eurozonen-Peripherie bleiben zwar risikobehaftet. Taktisch erwarten wir jedoch eine Fortsetzung der Konvergenz der Renditen im Euroraum. Wesentlicher Treiber sind die Stützungs- und Liquiditätsmaßnahmen der EZB. Zudem sind in einigen Ländern strukturelle Fortschritte zur Haushaltskonsolidierung (vor allem in Italien) zu erkennen. Uns erscheint somit die gebotene Risikoprämie vor allem bei italienischen Staatsanleihen mit kurzen bis mittleren Laufzeiten als sehr attraktiv. Mittel- bis langfristig bleibt die Verschuldungssituation für die Peripherie-Länder der Eurozone jedoch unverändert problematisch. Ohne Wachstum haben die EZB-Maßnahmen nur aufschiebende Wirkung.

Investment-Grade-Unternehmensanleihen sehen wir unverändert auf sehr attraktiven Niveaus. Die aktuell eingepreisten Ausfallraten widersprechen den ausgezeichneten Bilanzen und hohen Liquiditätsquoten der Unternehmen. Als größte Risiken bei Investment-Grade-Anleihen erachten wir einen Zinsanstieg sowie eine Ausweitung der Schuldenkrise. Emittenten aus Verschuldungsländern haben ihre Risikoaufschläge zu vergleichbaren Emittenten der Kernländer deutlich ausgeweitet. Emittenten aus den Peripheriestaaten gewichten wir daher unter. Auch im Segment für Hochzinsanleihen erwarten wir keine hohe Ausfallrate. Entsprechend sehen wir auch in diesem Segment weiterhin gute Möglichkeiten. Selektives Vorgehen bleibt jedoch wichtig. Auf Sektorebene sind wir bei Anleihen von Banken und Versicherungen weiter vorsichtig. Neben dem erhöhten Kapitalbedarf aufgrund verschärfter Eigenkapitalregeln sollte vor allem die Schuldenkrise zu Belastungen führen.

Neuanlagen in sehr sicheren Rentenpapieren wie Bundesanleihen sind nur noch auf einem äußerst niedrigen Zinsniveau möglich – weit unterhalb des Rechnungszinssatzes. Dies stellt zwar aktuell noch kein Problem dar, da die Bestandsanlagen höher rentierlich sind. Sollte dieses geringe Zinsniveau allerdings über die nächsten Jahre hinweg anhalten, würde eine Unterschreitung des Rechnungszinssatzes von 3,5 % wahrscheinlicher werden. Wir sind jedoch zuversichtlich, den daraus resultierenden Druck auf das Kapitalanlageergebnis der kommenden Jahre durch die Realisierung von Bewertungsreserven und höher rentierlichen Anlagen im freien Vermögen auffangen zu können. Darüber hinaus ist es uns gelungen, in 2012 fällige Papiere und durch Umschichtung von Termingeldern ein Volumen von insgesamt 14,6 Mio. € zu einem gewichteten Zins von 4,12 % wiederanzulegen.

Das Neugeschäft der Sterbekasse hängt weiterhin überwiegend von der Entwicklung des Personalbestandes der Deutsche Bank Gruppe und der Bereitschaft der Mitarbeiter ab, Vorsorge zu betreiben. Mit gezielten Werbemaßnahmen wollen wir weiterhin Beschäftigte neuer Unternehmen der Deutsche Bank Gruppe auf die Vorteile einer Mitgliedschaft in unserem Verein hinweisen.

Aufgrund der positiven Resonanz von durchgeführten Werbemaßnahmen erwarten wir einen Anstieg der laufenden Beiträge.

Insgesamt erwarten wir eine Erhöhung der Deckungsrückstellung. Das durch Sterbefälle, Abläufe und Rückkäufe bedingte Abschmelzen der Deckungsrückstellung wird durch die Bonuszuführung und den erwarteten Beitragsanstieg voraussichtlich überkompensiert werden.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erwarten wir in der gleichen Größenordnung wie im abgelaufenen Jahr, wobei wir wegen der demografischen Entwicklung davon ausgehen, dass immer mehr Mitglieder das 85. Lebensjahr erreichen und ihre Versicherungsleistung ausbezahlt bekommen. Dadurch werden unsere zukünftigen Ergebnisse tendenziell entlastet.

Die Kosten (Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen) erwarten wir in gleicher Höhe wie im Berichtsjahr. Die Grundstücksaufwendungen (Aufwendungen für die Instandhaltung und Modernisierung der Wohnimmobilien) sind abhängig von den Sanierungsmaßnahmen, die wir in der Regel bei einem Mieterwechsel vornehmen, um unseren Wohnungsbestand marktgängig zu halten.

Insgesamt gehen wir davon aus, soweit keine unerwarteten Ereignisse eintreten, in 2012 ein vergleichbares Ergebnis wie in 2011 erzielen zu können.

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge eingetreten, über die zu berichten wäre.

Bilanz zum 31.12.2011

AKTIVA		
in €	2011	2010
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.317,90	683,51
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.914,72	16.494,00
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.601.854,83	4.044.389,81
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	47.717.947,61	46.975.548,08
3. Sonstige Ausleihungen Namensschuldverschreibungen	12.000.000,00	15.000.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2.266.728,29	2.050.207,75
	68.586.530,73	68.070.145,64
	68.602.445,45	68.086.639,64
C. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer	31.344,90	33.318,41
II. Sonstige Forderungen	478.414,84	668.559,09
	509.759,74	701.877,50
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	9.106,94	1.542,76
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	37.322,65	2.274,76
	46.429,59	3.817,52
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.654.061,41	1.791.450,54
	70.817.014,09	70.584.468,71

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frankfurt am Main, 14. Mai 2012


Uwe Bell
Treuhandler

		PASSIVA	
in €		2011	2010
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		7.000.000,00	6.500.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	56.961.103,70		56.657.959,40
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	199.242,68		131.108,81
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	2.800.703,61		3.387.212,35
		59.961.049,99	60.176.280,56
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		110.650,00	105.420,25
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	3.706.849,91		3.768.693,70
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern 1.128,94 (Vorjahr: 786,83)	36.189,02		30.816,76
		3.743.038,93	3.799.510,46
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.275,17	3.257,44
		70.817.014,09	70.584.468,71

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 04.05.2009 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.



Frankfurt am Main, 14. Mai 2012

Dr. Günter Schmidt
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2011

in € (negativ = Aufwand)	2011	2010
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
Gebuchte Beiträge	1.093.632,58	1.108.608,82
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	1.065.152,80	534.172,80
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a. Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa. Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	175.593,24	163.473,19
bb. Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.182.490,96	3.025.410,56
	3.358.084,20	3.188.883,75
b. Erträge aus Zuschreibungen	0,00	140.125,00
c. Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	350.810,03	703.390,84
	3.708.894,23	4.032.399,59
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	1.780,90	566,62
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a. Zahlungen für Versicherungsfälle	-2.999.423,28	-2.814.650,21
b. Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-66.230,12	24.195,92
	-3.065.653,40	-2.790.454,29
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
Deckungsrückstellung	-303.144,30	-28.857,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	-881.450,30	-1.118.399,05
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Verwaltungsaufwendungen	-48.148,93	-48.292,92
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	-69.780,61	-104.618,33
b. Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-679.897,50	-362.931,66
c. Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00	-150.434,78
	-749.678,11	-617.984,77
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-172.400,76	-172.627,22
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	648.984,71	899.132,58
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	24.864,63	2.301,94
2. Sonstige Aufwendungen	-173.249,34	-151.434,52
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	500.600,00	750.000,00
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-600,00	0,00
5. Jahresüberschuss	500.000,00	750.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
in die Verlustrücklage gem. §37 VAG	-500.000,00	-750.000,00
7. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie Erläuterungen zur Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden entsprechend den Vorschriften des HGB und der RechVersV aufgestellt. Aufgrund der Befreiungsvorschrift (§61 Abs. 1 Nr. 4 RechVersV) haben wir von den Vereinfachungsvorschriften (§62 RechVersV) in Einzelfällen Gebrauch gemacht.

Da die Sterbekasse keine passiven Rückversicherungsverträge abgeschlossen hat, werden keine Anteile für Rückversicherer ausgewiesen.

Geschäfte in fremden Währungen wurden nicht getätigt.

Das Wahlrecht gemäß § 341b HGB, Aktien, Investmentanteile sowie sonstige festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere wie Anlagevermögen nach dem gemilderten anstelle des strengen Niederstwertprinzips zu bewerten, haben wir nur für Inhaberschuldverschreibungen wahrgenommen. Ohne Anwendung dieses Wahlrechts ergäben sich nachfolgende Änderungen wichtiger Kennzahlen:

1. Die Kapitalanlagen würden sich um rund 0,4 % vermindern.
2. Die Dotierung der Verlustrücklage der Kasse wäre hiervon unberührt geblieben.
3. Der Gesamtüberschuss betrüge lediglich T€ 1.091.
4. Die Nettoverzinsung läge bei 3,92 %.

Hinweis: « - » in Tabellen des Anhangs bedeuten Abzugsposten oder Aufwand.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen Konzessionen, gewerblichen Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten werden zu Anschaffungskosten aktiviert und grundsätzlich über fünf Jahre linear abgeschrieben. Es handelt sich dabei ausschließlich um EDV-Software.

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist in der Übersicht auf Seite 21 dargestellt.

I. Grundstücke

Die Grundstücke werden zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung und, soweit erforderlich, außerplanmäßiger Abschreibung bilanziert. Es handelt sich um 3 Mietwohngrundstücke mit 27 Wohneinheiten und 17 Garagen. Die Abschreibungen auf die Wohngrundstücke in Höhe von 579,28 € betreffen nur noch die Garagen.

II. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten enthält neben Aktien Anteile eines 2011 erworbenen Wertpapierpublikumsfonds in Höhe von 2.021.410,00 €. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b, Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 253, Absatz 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip. Enthalten sind Abschreibungen auf vier Aktien in Höhe von insgesamt 679.318,22 €.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten wird gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Der Ermittlung des beizulegenden Wertes liegt die Annahme zugrunde, dass die Sterbekasse beabsichtigt, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Der Gesamtbestand erhöhte sich bei Zugängen in Höhe von 2.232.934,53 € gegenüber dem Vorjahr um 742.399,53 €. Dieser Bestand beinhaltet auch vier einfach strukturierte Wertpapiere mit einem Nominalwert von 3 Mio. €. Die Zugänge betreffen ausschließlich Anleihen namhafter europäischer Industrieunternehmen und eine Landesschatzanweisung. Im Bestand befinden sich keine Staatsanleihen der sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) und Ungarn.

3. Sonstige Ausleihungen

	Namenschuld- verschreibungen €
Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute	4.000.000,00
Privatrechtliche Kreditinstitute	8.000.000,00
	12.000.000,00

Die Bewertung erfolgte gemäß § 341c Abs. 1 HGB zu den Nominalbeträgen. Angefallene Disagien werden passivisch abgegrenzt und gleichmäßig auf die Laufzeit verteilt. Der Posten betrifft ausschließlich Namenspfandbriefe. Der Gesamtbestand ist gegenüber dem Vorjahr aufgrund dreier Endfälligkeiten reduziert. Im Bestand befinden sich zwei Namensschuldverschreibungen von Landesbanken im Buchwert von 4 Mio. €.

4. Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Es handelt sich um zwei kurzfristige Termingelder bei einem Kreditinstitut.

Forderungen

Der Ansatz der Forderungen erfolgt grundsätzlich zum Nennwert. Akute Ausfallrisiken sind nicht zu erkennen. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen waren daher nicht zu bilden.

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder haben sich im Berichtsjahr leicht auf 31.344,90 € (Vj. 33.318,41 €) vermindert. Soweit erforderlich, wird bei Beitragsrückständen das Mahnverfahren eingeleitet.

II. Sonstige Forderungen

Die sonstigen Forderungen betreffen überwiegend Forderungen an das Finanzamt (T€ 425) sowie Forderungen an Mieter aus umlagefähigen Nebenkosten in Höhe von T€ 53. Den Forderungen an Mieter aus umlagefähigen Nebenkosten stehen Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aus Nebenkostenvorauszahlungen in Höhe von T€ 29 gegenüber.

Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Die Sachanlagen – im Wesentlichen Hardware – werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibung bewertet. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer liegt zwischen vier und sieben Jahren. Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu einem Nettobetrag von 410,00 € sind im Geschäftsjahr in voller Höhe sofort abgeschrieben worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die Bewertung der laufenden Guthaben bei zwei Kreditinstituten sowie des Kassenbestands erfolgt zum Nennwert.

Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Die Bewertung erfolgt zum Nennbetrag.

Hierbei handelt es sich ausschließlich um noch nicht fällige Zinsen für:

	€
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.324.841,78
Namenschuldverschreibungen	328.492,35
Termineinlagen	727,28
Stand am 31.12.2011	1.654.061,41

Die **Zeitwerte** der Kapitalanlagen und die im Vergleich mit den übergeleiteten Anschaffungskosten daraus resultierenden Bewertungsreserven betragen zum Bilanzstichtag:

31.12.2011					
in T€	Übergeleitete Anschaffungskosten	Zeitwerte	Stille Reserven	Stille Lasten	Bewertungs- reserven
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Kapitalanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16	2.750	2.734	0	2.734
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.602	6.910	308	0	308
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	47.718	49.530	2.103	290	1.812
Zum Nennwert bilanzierte Kapitalanlagen					
Namensschuldverschreibungen	11.998	12.159	171	10	161
Einlagen bei Kreditinstituten	2.267	2.267	0	0	0
Gesamt*	68.601	73.616	5.316	300	5.015

* Rundungsdifferenzen möglich

31.12.2010					
in T€	Übergeleitete Anschaffungskosten	Zeitwerte	Stille Reserven	Stille Lasten	Bewertungs- reserven
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Kapitalanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16	2.750	2.734	0	2.734
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.044	4.097	53	0	53
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.976	48.193	1.507	289	1.218
Zum Nennwert bilanzierte Kapitalanlagen					
Namensschuldverschreibungen	14.997	15.410	413	0	413
Einlagen bei Kreditinstituten	2.050	2.050	0	0	0
Gesamt*	68.083	72.500	4.707	289	4.418

* Rundungsdifferenzen möglich

Die übergeleiteten Anschaffungskosten sind die Buchwerte zzgl. evtl. Agien bzw. abzgl. evtl. Disagien. Die Ermittlung des Zeitwertes der Grundstücke basiert auf einem Wertgutachten eines externen Sachverständigen zum Wertermittlungsstichtag 2.8.2010. Die Zeitwerte der Aktien, des unter Investmentanteile ausgewiesenen Wertpapierpublikumsfonds und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurden anhand der Börsenkurse bzw. Rücknahmepreise am Stichtag ermittelt. Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen wurden durch die Deutsche Bank Gruppe ermittelt. Die Renditen der Namensschuldverschreibungen wurden in Relation zu einer vergleichbaren Swap-Fälligkeit zur Ermittlung der Credit Spreads gesetzt. Anschließend wurde ein Vergleich zwischen ermittelten Credit Spreads der Position für vergleichbare Emittenten durchgeführt zur Überprüfung der marktgerechten Kurse. Von einer Zeitwertberechnung für die Einlagen bei Kreditinstituten wurde abgesehen, da die Restlaufzeit sehr kurzfristig ist.

Entwicklung der Aktivposten A (Immaterielle Vermögensgegenstände) und B (Kapitalanlagen) im Geschäftsjahr 2011 (Muster 1 RechVersV)

Aktivposten							
in T€	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
A Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1	4				1	4
B I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken							
	16					0	16
B II Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.044	7.290		4.053		679	6.602
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.975	2.233		1.490			47.718
3. Sonstige Ausleihungen Namenschuldverschreibungen	15.000			3.000			12.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2.050	217					2.267
Summe B II	68.069	9.740		8.543		679	68.587
Gesamt	68.086	9.744		8.543		680	68.607

PASSIVA

Eigenkapital

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen ausschließlich die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG.

	€
Stand am 31.12.2010	6.500.000,00
Zuweisung aus dem Jahresüberschuss 2011	500.000,00
Stand am 31.12.2011	7.000.000,00

Versicherungstechnische Rückstellungen

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist zum 31.12.2011 individuell mit risikogerechten Reserveprämien berechnet (Individualdeckungsrückstellung). Als Rechnungsgrundlagen dienen die Sterbetafeln 1986 M/F sowie ein Rechnungszins von 3,5 %.

	€	€
Stand am 31.12.2010		56.657.959,40
Auflösung im Geschäftsjahr	-762.008,50	
Zuweisung aus der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (2 % Bonus)	1.065.152,80	303.144,30
Stand am 31.12.2011		56.961.103,70

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (inkl. Bewertungsreserven)

	Versicherungsfälle €	Rückkäufe €
Stand am 31.12.2010	82.309,29	48.799,52
im Geschäftsjahr ausgezahlt	22.901,53	2.083,32
durch Verjährung beendet	0,00	3.889,89
weiterhin zurückgestellt	59.407,76	42.826,31
zurückgestellt im Geschäftsjahr	52.278,70	44.729,91
Stand am 31.12.2011	111.686,46	87.556,22

Für jeden Versicherungsfall oder Rückkauf wurde die Höhe der Rückstellung einzeln festgestellt. In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind eine individuell ermittelte Spätschadenrückstellung für erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordene Versicherungsfälle in Höhe von 6.507,24 € sowie anteilige noch nicht ausgezahlte Bewertungsreserven in Höhe von 3.936,52 € enthalten. Diese wurden erfolgsneutral zulasten der gebundenen Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung entnommen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	€	€
Stand am 31.12.2010		3.387.212,35
Entnahme für Gewinnzuschläge	286.378,96	
Entnahme für Beiträge, die zur Leistungserhöhung in die Deckungsrückstellung eingehen (2 % Bonus)	1.065.152,80	
Entnahme Bewertungsreserven	116.427,28	
		1.467.959,04
Zuweisung aus dem Gesamtüberschuss des Geschäftsjahres		881.450,30
Stand am 31.12.2011		2.800.703,61

Von diesen T€ 2.800 sind gemäß Beschlüssen der Mitgliederversammlungen noch ca. T€ 280 für Gewinnzuschläge 2012 und T€ 653 für Bewertungsreserven gebunden. Nach dem Vorschlag des Vorstands in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar werden bei entsprechendem Beschluss der Mitgliederversammlung am 11.06.2012 bis zu T€ 1.242 zusätzlich gebunden.

Andere Rückstellungen

Die Bewertung erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Der Posten betrifft nur sonstige Rückstellungen für Kosten des Verantwortlichen Aktuars und des Jahresabschlusses.

Andere Verbindlichkeiten

Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit Laufzeiten länger als fünf Jahre. Die Verbindlichkeiten sind nicht mit Pfandrechten besichert.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

	31.12.2011 €	31.12.2010 €
gutgeschriebene Überschussanteile (Beitragsdividende)	3.619.871,93	3.684.643,21
vorausempfangene Beiträge	86.977,98	84.050,49
	3.706.849,91	3.768.693,70

Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2011 €	31.12.2010 €
Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aus Nebenkostenvorauszahlungen überzahlten Mieten	28.589,51 2.034,00	26.843,11 640,00
Lieferanten	4.436,57	2.316,26
Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag	1.128,94	786,83
Übrige	0,00	230,56
	36.189,02	30.816,76

Den Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aus Nebenkostenvorauszahlungen stehen Forderungen an Mietern aus umlagefähigen Nebenkosten in Höhe von T€ 53 gegenüber.

Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2011 €	31.12.2010 €
Disagien auf Namensschuldverschreibungen	2.275,17	3.257,44

Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert; die Disagien werden gleichmäßig auf die Laufzeit verteilt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge

Bei den gebuchten Beiträgen in Höhe von 1.093.632,58 € (Vj. 1.108.608,82 €) handelt es sich ausschließlich um laufende Beiträge aus Einzelversicherungen von Sterbegeld. Darin enthalten sind Unfallzusatzversicherungen mit 41.339,31 €. Die Herkunft ist überwiegend aus dem Inland.

2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind im Berichtsjahr 1.065.152,80 € (Vj. 534.172,80 €) gemäß dem Beschluss der Mitgliederversammlung der Deckungsrückstellung zugewiesen worden. Der Betrag wurde zur Leistungserhöhung gutgeschrieben.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Erträge aus	2011 €	2010 €
Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken (Mieten)	175.593,24	163.473,19
Aktien, Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	263.100,00	161.650,00
Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	2.250.888,85	2.089.410,30
Namenschuldverschreibungen	619.641,18	739.371,03
Einlagen bei Kreditinstituten	48.860,93	34.979,23
Zuschreibungen	0,00	140.125,00
Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen	350.810,03	703.390,84
	3.708.894,23	4.032.399,59

Von den Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen entfallen 9.465,00 € auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie 341.345,03 € auf Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Bei diesem Betrag handelt es sich im Wesentlichen um Mahngebühren in Höhe von 1.285,00 € (Vj. 535,00 €) aus rückständigen Beiträgen.

5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

a) Zahlungen für Versicherungsfälle	2011 €	2010 €
Sterbegelder bei Tod	-1.341.621,90	-1.318.808,08
Sterbegelder bei Ablauf	-1.310.980,32	-1.281.267,57
Unfallversicherungszuschlag	-2.556,45	0,00
Rückkäufe	-344.264,61	-214.574,56
	-2.999.423,28	-2.814.650,21

Die gestiegenen Zahlungen für Rückkäufe sind überwiegend Folge von Ausschlüssen aufgrund von Mahnverfahren.

6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Einer Zuweisung in Höhe von 1.065.152,80 € wegen des Bonus standen Auflösungen aufgrund der Abnahme des Bestandes in Höhe von 762.008,50 € gegenüber.

7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen

Der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen (Überschussbeteiligung) wurden aus dem Gesamtüberschuss des Geschäftsjahres 881.450,30 € (Vj. 1.118.399,05 €) zugeführt.

8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betreffen ausschließlich Verwaltungsaufwendungen. Sie beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Wartung und Support der EDV sowie Werbung.

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	2011 €	2010 €
Wohngrundstücke	-64.060,38	-98.782,89
Verwaltungsaufwendungen aus Kostenverteilung	-5.413,46	-5.815,44
Sonstige	-306,77	-20,00
Abschreibungen		
Wohngrundstücke	-579,28	-576,28
Aktien	-679.318,22	-362.355,38
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	-150.434,78
	-749.678,11	-617.984,77

10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Dieser Posten betrifft im Wesentlichen die Verzinsung für angesammelte Gewinnanteile.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge betreffen hauptsächlich Erstattungszinsen (13.674,00 €) sowie Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen (10.522,00 €).

2. Sonstige Aufwendungen

Dieser Posten umfasst im Wesentlichen die Kosten des Verantwortlichen Aktuars (111.049,50 €) und die Kosten des Jahresabschlusses (43.000,00 €).

4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in €	2011	2010
Ausländische Quellensteuer	-600,00	0,00
	-600,00	0,00

Sonstige Angaben

Personal

Die Sterbekasse hat im Geschäftsjahr keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Gesamtvergütung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Sterbekasse hat im Geschäftsjahr keine Aufwendungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats sowie der früheren Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen getragen. Des Weiteren hat die Sterbekasse keine Vorschüsse und Kredite oder Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen gewährt.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse im Sinne von §251 HGB liegen nicht vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Finanzverwaltung hat die Steuerfreiheit für Dividendenerträge und Kursgewinne auf Aktien durch entsprechende Steuerbescheide für die Veranlagungszeiträume 2005-2008 bestätigt. Im Hinblick auf den schwierigen Sachverhalt und die Vorläufigkeit der Steuerbescheide besteht ein latentes Risiko, dass die Finanzverwaltung ihre Auffassung hierzu möglicherweise auch rückwirkend ändern könnte. So könnten dann diese Erträge wieder steuerpflichtig werden mit der Folge, dass die Kasse hierfür Steuern zahlen müsste. In diesem nach heutiger Einschätzung unwahrscheinlichen Falle würden wir eine Entscheidung vor dem Finanzgericht anstreben.

Abschlussprüferhonorar (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von T€ 34 betrifft ausschließlich die Abschlussprüfung.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen (285 Nr. 21 HGB)

Der Sterbekasse werden von der Deutsche Bank AG der Bezug wesentlicher Dienstleistungen und die Nutzung von Vermögensgegenständen unentgeltlich überlassen.

Verbandszugehörigkeit

Die Sterbekasse ist Mitglied des Deutschen Sterbekassenverbands.

Frankfurt am Main, 14. Mai 2012

Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe

Vorstand



Gabriele Buchs



Gerhard-Christoph Ihle



Georg Schuh

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe
– Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit –

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe – Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit –, Eschborn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sterbekasse. Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sterbekasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sterbekasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sterbekasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 14. Mai 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer



Horst
Wirtschaftsprüferin

Sterbekasse für die
Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe

Postanschrift:
Alfred-Herrhausen-Allee 16–24
65760 Eschborn am Taunus

Telefon:
(069) 910-339-73/74/75

Telefax:
(069) 910-38077

E-Mail:
elmar.tiegelkamp@db.com
info.sterbekasse@db.com
info@db-sterbekasse.de

Internet:
www.db-sterbekasse.de

www.db-sterbekasse.de